

Stand: 07.02.2026 17:46:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19246

"Kein antisemitischer Israel-Boycott nach kuwaitischem Recht in Deutschland"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19246 vom 28.11.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 29.11.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20733 des BU vom 08.02.2018
4. Beschluss des Plenums 17/20862 vom 22.02.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kein antisemitischer Israel-Boycott nach kuwaitischem Recht in Deutschland

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt, dass Kuwait Airways sich weigert, von deutschen Flughäfen aus israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu befördern. Das kuwaitische Gesetz, auf das sich die Fluggesellschaft beruft und das einen Vertragsabschluss mit israelischen Staatsangehörigen verbietet, ist antisemitisch. Es darf hierzulande keine Wirkung entfalten. Staatsbürgerinnen und auch Staatsbürger israelischer aber auch anderer Nationalität dürfen in Deutschland auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrer Religion nicht diskriminiert werden.
2. Der Landtag begrüßt es, dass die Bundesregierung angekündigt hat, mit dem kuwaitischen Botschafter in Deutschland das diskriminierende Flugverbot zu erörtern.
3. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für entsprechende Maßnahmen einzusetzen, um solche Fälle der Diskriminierung in Deutschland für die Zukunft auszuschließen.
4. Die Staatsregierung setzt sich auf der Bundesebene dafür ein, dass Kuwait Airways die Start- und Landerechte in Deutschland entzogen werden, sollte die Fluggesellschaft das diskriminierende Flugverbot für israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland nicht aufheben.
5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Freistaat Bayern als Anteilseigner an der Flughafen München GmbH rechtliche Schritte gegen Kuwait Airways prüft und ergreift sowie das Flugverbot verurteilt.

Begründung:

Kuwait Airways weigert sich, israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu befördern. Das hat erst jüngst der Fall eines israelischen Studenten vor Augen geführt, dem die Fluggesellschaft einen bereits ab Frankfurt am Main gebuchten Flug stornierte. Es handelt sich nicht um einen Einzelfall. Das rassistische und antisemitische Flugverbot ist auch der Staatsregierung bekannt (vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 25.10.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 12.09.2017).

Auf Grund der Geschäftspraxis von Kuwait Airways fühlen sich israelische Staatsangehörige in Deutschland diskriminiert. Und das, obwohl die deutschen Gesetze solche Benachteiligungen verhindern wollen. So gilt im Luftverkehrsgesetz der Grundsatz der allgemeinen Beförderungspflicht. Außerdem soll das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz Benachteiligungen unter anderem aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, der Religion verhindern und beseitigen. Wer wie Kuwait Airways diesen Vorgaben daher nicht nachkommt, dem sind die Start- und Landerechte in Deutschland zu entziehen. Das gilt auch für den Flughafen in München, von dem Kuwait Airways aus fliegt. Gerade weil der Freistaat Bayern Anteilseigner an der Flughafen München GmbH ist, ist er hier in der Verantwortung.

In einem stark kritisierten Urteil hat das Landgericht Frankfurt am Main die Klage des Passagiers auf Beförderung und Entschädigung wegen Diskriminierung zurückgewiesen. Selbst für das Auswärtige Amt ist dieses Urteil „unverständlich“. Der Freistaat unterstützt alle rechtlichen Schritte gegen dieses rassistische Flugverbot.

ich nur, weil dazu eine Umfrage durchgeführt worden ist.

Sie haben hier gesagt, dass die Argumente ausgetauscht sind, und deswegen wollten Sie nur noch das Wesentliche feststellen: Es stimmt, es passt alles, wir haben eine hohe Qualität – sagen Sie. Das steht doch im kompletten Widerspruch dazu, wie der Schwimmunterricht an den Schulen stattfindet. Jetzt frage ich Sie von der CSU, die im Bildungsausschuss zuständig sind: Haben Sie wirklich einmal vor Ort geschaut, wie die Lehrkräfte überhaupt Schwimmunterricht erteilen können? Wenn Sie sagen, dass der Schwimmunterricht eine hohe Qualität habe, dann kann ich aufgrund meiner eigenen Besuche in Grundschulen nur sagen: Alle Lehrkräfte erzählen mir, wie ausgesprochen schwierig es ist. Es besteht Handlungsbedarf. Deshalb spricht es von hoher Arroganz, wenn Sie sagen, es habe schon alles in der Beantwortung der Interpellation gestanden und sei im Protokoll nachzulesen, und wir hätten eine hohe Qualität. Das Protokoll sagt etwas ganz anderes aus, und um das zu lesen, brauche ich nicht im Bildungsausschuss zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin, auf Ihre Frage, ob ich mich von der Qualität des Schwimmunterrichts an den Schulen überzeugt habe und weiß, wie der Schwimmunterricht erteilt wird, antworte ich ganz einfach mit Ja.

(Diana Stachowitz (SPD): Nicht wie, sondern wie oft die Lehrkräfte Schwimmunterricht machen können! Aber lassen Sie es doch! – Volkmar Halbleib (SPD): Alles gesagt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, Sie haben Ihre Zwischenbemerkung machen können, und der Herr Kollege Prof. Waschler ist mit seinen Ausführungen am Ende.

(Diana Stachowitz (SPD): Alles verstanden! Danke!)

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten der jeweils federführenden Ausschüsse abzustimmen. Die federführenden Ausschüsse für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und für Bildung und Kultus empfehlen, die drei genannten Anträge abzulehnen. Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/19256 "Computerspiele bei der Jugendmedienarbeit verstärkt berücksichtigen" bekanntgeben: Mit Ja haben 134 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19239 mit 17/19246 sowie auf den Drucksachen 17/19258 mit 17/19264 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 12 mit 24 und die Listennummern 15, 40 und 42 der nicht einzeln zu beratenden Anträge werden auf einen der nächsten Plenartage verschoben. – Damit schließe ich die Sitzung für heute. Ich danke Ihnen allen.

(Schluss: 18.56 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale
Beziehungen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/19246

**Kein antisemitischer Israel-Boycott nach kuwaiti-
schem Recht in Deutschland**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

„4. Die Staatsregierung soll prüfen, unter welchen Voraussetzungen Kuwait Airways die Start- und Landrechte in Deutschland entzogen werden, sollte die Fluggesellschaft das diskriminierende Flugverbot für israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland nicht aufheben.“

2. Ziffer 5 erhält folgende Fassung:

„5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Freistaat Bayern als Anteilseigner an der Flughafen München GmbH rechtliche Schritte gegen Kuwait Airways oder andere Fluggesellschaften prüft, falls sich ein Fall wie in Frankfurt in München wiederholt.“

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Jürgen Mistol
Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass Ziffer 5 gestrichen wird.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 82. Sitzung am 8. Februar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/19246, 17/20733

Kein antisemitischer Israel-Boycott nach kuwaitischem Recht in Deutschland

1. Der Landtag verurteilt, dass Kuwait Airways sich weigert, von deutschen Flughäfen aus israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu befördern. Das kuwaitische Gesetz, auf das sich die Fluggesellschaft beruft und das einen Vertragsabschluss mit israelischen Staatsangehörigen verbietet, ist antisemitisch. Es darf hierzulande keine Wirkung entfalten. Staatsbürgerinnen und auch Staatsbürger israelischer aber auch anderer Nationalität dürfen in Deutschland auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrer Religion nicht diskriminiert werden.

2. Der Landtag begrüßt es, dass die Bundesregierung angekündigt hat, mit dem kuwaitischen Botschafter in Deutschland das diskriminierende Flugverbot zu erörtern.
3. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für entsprechende Maßnahmen einzusetzen, um solche Fälle der Diskriminierung in Deutschland für die Zukunft auszuschließen.
4. Die Staatsregierung soll prüfen, unter welchen Voraussetzungen Kuwait Airways die Start- und Landerechte in Deutschland entzogen werden, sollte die Fluggesellschaft das diskriminierende Flugverbot für israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland nicht aufheben.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3, 8 und 11, die auf Wunsch der Abgeordneten bzw. der Fraktionen im Plenum am 14. März beraten werden sollen. Die Anträge betreffen die Kennzeichnungspflicht bzw. die individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten.

Über die übrigen Listennummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind zurzeit nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO)
Drs. 17/2777, 17/20570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Gut leben in der Stadt IV
Reduzierung der Abgas- und Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen
Drs. 17/16632, 17/20555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte
Drs. 17/18990, 17/20550 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Kathi Petersen u. a. SPD
Berichts Antrag zu den Auswirkungen von Isoglucose
Drs. 17/19009, 17/20708 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu pflanzengenetischen Ressourcen in Bayern
Drs. 17/19084, 17/20571 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Förderung von Bewässerungsprojekten
Drs. 17/19159, 17/20572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)
Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!
Drs. 17/19239, 17/20731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Individuelle Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden
Drs. 17/19244, 17/20548 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Autobahndirektionen stärken
Drs. 17/19245, 17/20602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klares Bekenntnis gegen die Anwendung antisemitischer Gesetze des Emirates Kuwait in Deutschland
Drs. 17/19258, 17/20730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kennzeichnungspflicht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern
Drs. 17/19264, 17/20549 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

12. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen
Drs. 17/19292, 17/20729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Insektensterben in Bayern
Drs. 17/18712, 17/20556 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückgang der Insektenpopulationen
Drs. 17/18724, 17/20421 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU
Rückgang von heimischen Insekten und Vögeln stoppen –
unverzüglicher Beginn der Ursachenforschung
Drs. 17/18859, 17/20422 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Maßnahmen zum Eindämmen des Insektensterbens in Bayern
Drs. 17/19081, 17/20423 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Abschiebung in Krieg und Verfolgung –
Abschiebestopp nach Syrien verlängern
Drs. 17/19496, 17/20557

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eine Entwicklungsperspektive für die klassische Ballettausbildung in Bayern:
Nachwuchsförderung zukunftsicher gestalten –
ein Ballettinternat auch für Bayern!
Drs. 17/18590, 17/20718 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein antisemitischer Israel-Boycott nach kuwaitischem Recht in Deutschland
Drs. 17/19246, 17/20733 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze
auf europäischen Flughäfen hinwirken
Drs. 17/19313, 17/20732 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>